

Alle zwei Monate beleuchten wir lokale Initiativen in Deutschland und Frankreich, die den nachhaltigen Wandel ihrer Region voranbringen.



In dieser Ausgabe:

„Energy Sharing ist kein Allheilmittel – aber eine Chance“

Während das Zukunftswerk einen verbindlichen Rechtsrahmen für Energy Sharing in Deutschland fordert, bleibt das Konzept nach dem Koalitionsaus weiterhin Zukunftsmusik. Wie schätzen Benjamin Berthou vom französischen Unternehmen zur Demokratisierung von Energy Sharing, Enogrid, und Lisa Strippchen von der deutschen Energie-Agentur (dena) das Potenzial von Energy Sharing für die Energiewende in beiden Ländern ein? Robin Denz hat nachgefragt. → Zum Lesen S. 2

„Fördermittel müssen auf effiziente Renovierungen ausgerichtet sein“

Einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Beratungs- und Fördermöglichkeiten bei der energetischen Sanierung zu erleichtern, kann Energiearmut bekämpfen und die Energiewende beschleunigen. Etienne Charbit vom französischen Verband Cler reagiert auf die Handlungsempfehlungen des Zukunftswerks.

→ Zum Lesen S. 7

„Unsere Welt befindet sich in einer beispiellosen Krise – und dennoch fürchten wir die Suffizienz“

Beim Thema Suffizienz sind die Augen in Deutschland nach Frankreich gerichtet. Denn dort ist *sobriété* fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie. Ökonom Timothée Parrique blickt kritisch auf die französische Suffizienzpolitik. Für ihn verlangt die Klimakrise danach, viel weiter zu gehen und die vorherrschende Wirtschaftslogik grundlegend zu hinterfragen. Marion Davenas hat mit ihm gesprochen.

→ Zum Lesen S. 9

„Wir brauchen ein Umschwenken von der energetischen zur nachhaltigen Betrachtung von Gebäuden“

In Deutschland und Frankreich bleiben die Sanierungsraten deutlich hinter den nationalen Zielen zurück. Was muss die neue Regierung anders machen? Im Austausch mit Thomas Spinrath spricht der Geschäftsführer der Bundesarchitektenkammer, Dr. Tillman Prinz, über fehlende Investitionen, die wichtige Rolle von europaweit verfügbaren Daten und das vergessene Potenzial der Wohnsuffizienz.

→ Zum Lesen S. 12

„Es ist wichtig, dass die Kommune die politische Steuerung ihres Wärmenetzes behält“

Um klimaneutrale Wärmenetze in deutschen und französischen Kommunen zu finanzieren, sind neben öffentlichen Fördergeldern auch private Investitionsmittel nötig. Doch dafür braucht es Alternativen zur in Frankreich dominierenden Konzessionslösung, so Charlie Le Galludec von der französischen Behörde für Raum-, Umwelt und Verkehrsplanung Cerema.

→ Zum Lesen S. 16

Handlungsempfehlungen – und jetzt?

In dieser Ausgabe geben wir das Wort ab – an Forschende, Aktivist:innen, Expert:innen aus Fachverbänden und öffentlichen Einrichtungen. Wir haben sie eingeladen, unsere Handlungsempfehlungen zur kommunalen Energie- und Wärmewende zu kommentieren und einen Blick auf die politische Großwetterlage in Frankreich und Deutschland zu werfen. Wie groß ist der Hebel der Suffizienz wirklich? Ist Energy Sharing ein Allheilmittel für den Ausbau erneuerbarer Energie? Scheitert die energetische Sanierung an ihrer sozialen Unverträglichkeit? Entstanden ist ein vielstimmiges Echo, das sich mit den Erfahrungen aus unserer aktuellen Transferphase deckt: Im deutsch-französischen Vergleich treten wichtige Aktionsfelder für beide Regierungen klar zu Tage. Jetzt muss entschlossenes Handeln folgen!

Wir danken allen Gesprächspartner:innen dieser Ausgabe herzlich für Ihre Beiträge und wünschen Ihnen, unseren Leser:innen, *bonne lecture!* – Viel Spaß bei der Lektüre!

„Dem Populismus muss man einen Klimadiskurs gegenüberstellen, der Menschenvertrauen mittransportiert“

Luisa Neubauer



Foto: Anna Sommer

Ressourcenschonendes Verhalten sollte eine Selbstverständlichkeit sein – und die Aufgabe der Politik ist es, dafür die entsprechenden Lebensrealitäten zu schaffen. Darin sind sich das Zukunftswerk und die wohl bekannteste deutsche Klimaaktivistin, Luisa Neubauer, einig. Marion Davenas und Thomas Spinrath sprachen mit ihr darüber, wie Politik die notwendigen Diskurse führen sollte.

→ Zum Lesen S. 19

„Energy Sharing ist kein Allheilmittel – aber eine echte Chance für die Demokratie“

Benjamin Berthou & Lisa Strippchen

Während das Zukunftswerk einen verbindlichen Rechtsrahmen für Energy Sharing in Deutschland fordert, bleibt das Konzept nach dem Koalitionsaus weiterhin Zukunftsmusik. Wie schätzen Benjamin Berthou vom französischen Energy Sharing Unternehmen Enogrid und Lisa Strippchen von der deutschen Energie-Agentur (dena) das Potenzial von Energy Sharing für die Energiewende in beiden Ländern ein? Robin Denz hat nachgefragt.



Benjamin Berthou (li.), Mitbegründer von Enogrid & Lisa Strippchen (re.), Senior Expertin bei der dena | Fotos: privat

21.04.2025

Interview auf Deutsch und Französisch von Robin Denz

Übersetzt von Annette Kulzer und Marie Millot-Courtois

Im Gegensatz zu Deutschland ist Energy Sharing in Frankreich seit 2016 gesetzlich verankert. Im Sommer 2024 hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz einen ersten Gesetzesentwurf vorgelegt, um Energy Sharing auch in Deutschland zu ermöglichen. Nach dem Koalitionsaus ist dieser auf der Strecke geblieben, die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes wurde Anfang 2025 ohne Energy Sharing beschlossen. Das Konzept bleibt also weiterhin Zukunftsmusik.

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk unterstützt in seinen politischen Handlungsempfehlungen einen verbindlichen Rechtsrahmen für Deutschland. Es sieht im Energy Sharing – also dem gemeinschaftlichen Verbrauch der von Bürger:innen selbst erzeugten Energie – eine wichtige Möglichkeit, die Menschen aktiv an der Energiewende teilhaben zu lassen und diese damit zu beschleunigen.

Robin Denz sprach mit Benjamin Berthou, Gründer des französischen Energy Sharing Dienstleisters Enogrid, und Lisa Strippchen, Senior Expertin für Stromerzeugung bei der Deutschen Energie-Agentur (dena) über

die Handlungsempfehlungen des Zukunftswerks. Wie schätzen sie das Potenzial von Energy Sharing für die Energiewende in beiden Ländern ein?

Benjamin Berthou, Sie haben Enogrid im Jahr 2018 mitgegründet, um Energy Sharing voranzubringen und möglichst vielen Menschen eine aktive Rolle in der Energiewende zu ermöglichen. Lisa Strippchen, Sie sind Senior Expertin für Stromerzeugung bei der dena und arbeiten daran, Energy Sharing in Deutschland von einer Vision zur Realität werden zu lassen.

Mittlerweile ist das meine Lieblings-Einstiegsfrage: Wenn Sie eine Energieinfrastruktur wären, welche wäre das und warum?

L. Strippchen: Das ist ja ein witziger Zufall! Auf jeden Fall ein Windrad, weil ich erst letztens Karneval in Köln gefeiert habe und das tatsächlich mein Kostüm war [lacht]. Manche finden Windenergieanlagen hässlich und möchten sie abreißen... Ich finde sie tatsächlich schön, in der Landschaft durchaus ästhetisch und auch ziemlich beeindruckend. Und sie geben einem das Gefühl, dass man schon ein bisschen in der Zukunft angekommen ist.

B. Berthou: Ich wäre eher ein lokales Verteilungsnetzwerk. Weil unsere Aufgabe bei Enogrid darin besteht, Verbindungen herzustellen – zwischen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen. Wir erleichtern den Ideen- und Energiefluss, ähnlich wie ein Stromnetz verschiedene Punkte eines Gebiets verbindet und versorgt.

Welche Rolle spielt Energy Sharing im Kontext der Energiewende und wie tragen Sie zur Umsetzung bei?

B. Berthou: Die Energiewende ist inzwischen eine Notwendigkeit in Frankreich. Auch wenn unser Strommix durch die Kernenergie bereits vergleichsweise CO₂-arm ist, müssen wir weiter elektrifizieren, um den gesamten Energieverbrauch zu dekarbonisieren. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dabei zentral – nicht nur ökologisch, sondern auch strategisch: für unsere Souveränität, unsere Krisenfestigkeit und für die regionale Wertschöpfung.

„Energy Sharing steht für Resilienz, Souveränität, Wertschöpfung und Solidarität.“

Benjamin Berthou

Energy Sharing steht für all das: Resilienz, Souveränität, Wertschöpfung und Solidarität. Es geht darum, die Energiewende allen Nutzer:innen zugänglich zu machen – unabhängig davon, ob sie Eigentümer:innen oder Mieter:innen sind. Mit Enogrid unterstützen wir diesen Prozess: Wir entwickeln Werkzeuge, um Kosten zu senken, Projekte replizierbar zu machen und diese in die Breite tragen zu können.

L. Strippchen: Vorweg: Ich finde, dass Energy Sharing manchmal etwas vorschnell als Allheilmittel verkauft wird. Die Herausforderung liegt darin, das Konzept praktikabel umzusetzen. Das Kernziel von Energy Sharing ist aus meiner Perspektive, eine viel größere Teilhabe am Ausbau der erneuerbaren Energien zu ermöglichen und somit auch demokratische Strukturen zu fördern.

Was die Umsetzung in Deutschland so schwierig macht, ist die bis heute fehlende Regulierung. Wenn ich mit meiner Nachbarin Strom teilen wollte, müsste ich dieselben Lieferantenpflichten erfüllen wie ein großes Energieunternehmen. Als Privatperson ist das gar nicht leistbar. Die einzige Möglichkeit, wie man das gerade umsetzen kann, ist mit einem etablierten Energieversorger zusammen zu arbeiten.

Die dena untersucht dies in einem Pilotprojekt mit den Stadtwerken Wunsiedel und zeigt: Selbst Stadtwerke stehen vor großen Herausforderungen. Es braucht dringend niedrigschwellige Umsetzungsmöglichkeiten!

Das Zukunftswerk fordert genau das: einen Rechtsrahmen, der Energy Sharing in einer regional vielfältigen Akteurslandschaft niedrigschwellig und praxisnah umsetzbar macht. Für Frankreich zielen unsere Vorschläge eher auf eine Skalierung ab. Wie bewerten Sie die konkreten Empfehlungen des Zukunftswerks?

B. Berthou: Die Empfehlungen des Zukunftswerks sind wirklich sinnvoll. Zu bestimmten Punkten sehen wir in Frankreich bereits konkrete Fortschritte: Seit dem 1. März 2025 wird Strom aus Energy-Sharing-Projekten bis zu einer Leistung von 1 MW vollständig von der Stromsteuer befreit. Das reduziert sowohl den administrativen als auch den finanziellen Aufwand und erleichtert damit die Umsetzung kleinerer Projekte erheblich. Das ist auch für den Sozialwohnungsbereich wichtig, wenn Vermieter:innen ihren selbst erzeugten Strom günstig oder kostenlos mit ihren Mieter:innen teilen wollen. Bisher konnten sie das zwar tun, mussten aber dennoch die Stromsteuer einziehen. Das ist eine gute Nachricht im Kampf gegen Energiearmut und ein echter Fortschritt für eine sozial gerechte Energiewende.

Besonders gefreut hat uns der Vorschlag, *Mon énergie collective* als gemeinnützige Plattform anzuerkennen. Unsere Idee war es, eine Art *BlaBlaCar* für Energy Sharing zu schaffen, damit Erzeuger:innen und Verbraucher:innen zueinander finden und Strom teilen können. Derzeit gehört die Plattform Enogrid und wird von uns betrieben. Zwar können sich bereits heute alle Interessierten dort anmelden, als kostenlose öffentliche Dienstleistung wäre sie aber sicherlich zugänglicher und würde eine zentrale Erfassung aller Energy-Sharing-Projekte durch die Netzbetreiber ermöglichen. Das wäre höchst spannend. In der praktischen Umsetzung sehe ich allerdings Herausforderungen: Eine Gemeinnützigkeit würde bedeuten, dass wir unser geistiges Eigentum an eine öffentliche Einrichtung wie die französische Umweltagentur ADEME übertragen müssten. Wir haben viel in Enogrid investiert – ich glaube nicht, dass wir das aus rein philanthropischen Gründen einfach kostenlos tun würden. *[lacht]*

L. Strippchen: In Deutschland stehen wir natürlich an einem ganz anderen Punkt. Ich finde die Empfehlungen des Zukunftswerks sehr nachvollziehbar, insbesondere die Forderung nach einer niedrigschwelligen und praxisnahen Umsetzung. Als dena gehen wir mit den meisten konkreten Vorschlägen mit. Gleichzeitig ergeben sich für mich weiterführende Nachfragen, wie das denn genau aussehen soll.

Wenn zum Beispiel die Lieferantenpflicht für Energy Sharing entfallen soll, stellen sich Fragen wie: Wer rechnet für den Sharing-Strom überhaupt Netzentgelte ab? Wem wird die Ausgleichsenergie in Rechnung gestellt, wenn eine Solaranlage nicht wie vorgesehen Strom produziert? Wird das als Netzentgelt auf alle Stromkonsument:innen umgelegt? Wäre es fair, wenn Menschen, die nicht am Energy Sharing teilnehmen, diese Netzentgelte mitzahlen müssten? Ich denke nicht. Für diese Fragen braucht es eine pragmatische Antwort. Und ganz ohne professionellen Akteur wird die Umsetzung kaum möglich sein – irgendwer muss Verantwortung im Stromsystem übernehmen – aber wenn bspw. ein Energy-Sharing-Community-Organisator zentrale Prozesse übernehmen kann, ist damit schon viel gewonnen.

Die Fairnessfrage stellt sich auch bei der vom Zukunftswerk empfohlenen Senkung der Netzentgelte – zumal eine Entlastung des Netzes durch Energy Sharing auch nicht immer garantiert ist. Falls sie jedoch viele Akteure zum Energy Sharing bewegt, könnte es sich lohnen. Eine Prämie erscheint mir hier von der Logik her jedoch sinnvoller.

[Einwurf] Zusätzlich zur Abschaffung der Stromsteuer, die Benjamin Berthou erwähnt, gibt es in Frankreich seit 2018 einen optionalen Netzentgelt-Tarif für Energy-Sharing-Projekte. Dieser unterscheidet zwischen selbst erzeugtem/verbrauchttem Strom, für den geringere Entgelte anfallen, und dem vom Energieversorger bezogenen Reststrom, für den höhere Entgelte berechnet werden. Dadurch soll ein Anreiz geschaffen werden, den Anteil an Energy Sharing zu maximieren.

L. Strippchen: Ja, das ist auch ein interessanter Vorschlag... weil dadurch finanzielle Anreize entstehen, mehr von dem Sharing-Strom selber zu verbrauchen. Eine pauschale Reduktion der Netzentgelte lehnen wir ab.

Welchen Aspekt unserer Handlungsempfehlungen halten Sie für besonders relevant? Welche politischen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht zu diesem Thema vorrangig?

B. Berthou: Meiner Meinung nach – und darauf weist auch die Handlungsempfehlung des Zukunftswerks hin – ist die dringlichste Herausforderung die Überarbeitung der Regelungen zur Liefergenehmigung. Der Artikel 86 des Gesetzes APER von 2023 verpflichtet Erzeuger:innen, die Strom direkt an Endverbraucher:innen verkaufen möchten, eine behördliche Genehmigung einzuholen. Die Durchführungsverordnung sieht keine Ausnahmen für Energy-Sharing-Projekte vor. Mit anderen Worten: Erzeuger:innen, die ihren Strom teilen möchten, unterliegen denselben Genehmigungsanforderungen wie große Energieversorger – im Grunde

ähnlich wie in Deutschland. In der Praxis führt dies dazu, dass viele Projekte an dieser bürokratischen Hürde scheitern. Wenn es darum geht, Energy Sharing in die Breite zu tragen, ist das der zentrale Stolperstein.

Es ist, als würde man kleine Gemüsehändler auf dem Dorfplatz dazu verpflichten, sich beim internationalen Großmarkt Rungis in Paris zu registrieren, nur um eine Verkaufslizenz zu erhalten [Anm. Red.: Der *Marché international de Rungis* ist der größte Großmarkt weltweit]. Das widerspricht dem ursprünglichen Gedanken des Energy Sharing, nämlich sich von den zentralisierten Strommärkten zu lösen und stattdessen lokale, kurze Versorgungskreisläufe zu schaffen. Eine einfache gesetzliche Klarstellung, dass die Liefergenehmigung nicht für Energy-Sharing-Projekte gilt, könnte dieses Problem sofort lösen. Auch die französische Regulierungsbehörde für Energie (*Commission de régulation de l'énergie*, CRE) und die französische Umweltagentur ADEME teilen diese Einschätzung.

L. Strippchen: Wichtig ist, dass auch KMU und öffentliche Einrichtungen einbezogen werden – das betont die Empfehlung ausdrücklich. In Frankreich sind oft kommunale Akteure beteiligt, die lokal verankert, ressourcenstärker und wichtige Treiber sind. Und natürlich Bürgerenergiegesellschaften! Diese wurden im ersten Gesetzesentwurf ja indirekt ausgeschlossen, weil es hieß, dass die Energieerzeugung nicht Haupttätigkeit sein darf. Hier braucht es natürlich eine Ausnahme. In dem Kontext finde ich auch den übergreifenden Vorschlag eines Kompetenzzentrums für Bürgerenergie und Energy Sharing nach dem Vorbild von *Énergie partagée* einen sehr guten Vorschlag.

Ein riesiges Problem ist, dass wir in Deutschland sehr viele Verteilnetzbetreiber haben – knapp 900! – mit jeweils unterschiedlichen Strukturen und Prozessen. Dienstleister müssen sich an unterschiedliche Abläufe der Netzbetreiber anpassen, was die Zusammenarbeit erschwert – teils sogar unmöglich macht. Eine einheitliche Lösung fehlt bislang. In Österreich gibt es eine zentrale Verwaltungsstelle, die sich um solche Prozesse kümmert. In Frankreich ist es ähnlich: Da ist natürlich spannend, dass der staatliche Verteilnetzbetreiber *Enedis* 95 Prozent des Netzes hält. Das macht vieles einfacher.

Hinzu kommt, dass viele Energiewende-Akteure in Sachen Digitalisierung noch keine gut funktionierenden Prozesse aufgesetzt haben, besonders wenn es um den Umgang mit neuen Daten und Kommunikationsanforderungen geht.

„Energy Sharing wird in Frankreich oft mit der Bekämpfung von Energiearmut zusammengebracht.“
Lisa Strippchen

Werfen wir zum Abschluss einen Blick jenseits des Rheins: Sehen Sie Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zum Nachbarland? Gibt es noch einen Gedanken, den Sie mit uns teilen möchten?

L. Strippchen: Neben dem bereits erwähnten zentralisierten Verteilnetzbetreiber ist ein weiterer Unterschied, dass Energy Sharing in Frankreich oft mit dem Thema Bekämpfung von Energiearmut zusammengebracht wird. Das ist total interessant. Das findet in der deutschen Debatte noch kaum Beachtung, obwohl dies von der EU im Kontext Energy Sharing ja explizit vorgesehen ist.

B. Berthou: Ich bin gespannt, wie die neue deutsche Regierung mit dem Thema Energy Sharing umgehen wird. Meiner Meinung nach ist die Energiewende eine überparteiliche Herausforderung und sollte nicht von politischen Strömungen abhängen. Deutschland und Frankreich stehen vor ähnlichen Problemen. Die amtierenden Regierungen sollten klare Leitplanken setzen, um zu verhindern, dass rückschrittliche politische Kräfte das gesamte System innerhalb einer Legislaturperiode wieder rückgängig machen können. Es wird nicht einfach sein, aber wir müssen uns gegen politische Turbulenzen absichern. Die gute Nachricht ist, erneuerbare Energien sind heute weitgehend marktreif. Das eröffnet die Möglichkeit, Subventionsmechanismen schrittweise abzubauen, sodass sich diese Sektoren zunehmend unabhängig weiterentwickeln können. Und dazu trägt auch Energy Sharing bei.

L. Strippchen: Deutschland ist ja gesetzlich dazu verpflichtet, die Elektrizitätsbinnenmarkttrichtlinie bis 2026 umzusetzen, also auch das Recht auf Energy Sharing laut Artikel 15a. Der bisherige Entwurf war eher eine Minimalumsetzung. Energiewende und Klimaschutz sind in letzter Zeit unattraktiver geworden... es wird

auf jeden Fall herausfordernd, eine ambitionierte Umsetzung zu erwirken. Gleichzeitig glaube ich – insbesondere mit Blick auf politische Entwicklungen – dass Energy Sharing auch einen ganz wichtigen Beitrag zur Aufklärung leisten kann. Wenn Menschen anfangen, sich überhaupt mit ihrer Stromversorgung und dem wirtschaftlichen Potenzial erneuerbarer Energie für ihre Region zu befassen, insbesondere im ländlichen Raum... ich glaube, das kann Begeisterung wecken.

Vielen Dank für das Gespräch!

Über Benjamin Berthou

- Benjamin Berthou, Energieingenieur, gründete 2018 gemeinsam mit Rémi Bastien und Thibault Rihet das Unternehmen Enogrid mit dem Ziel, die Energiewende sozial gerecht und für alle zugänglich zu gestalten. Zunächst spezialisierte er sich auf die Begleitung von Energy-Sharing-Projekten. Heute verantwortet er die strategische Leitung der Unternehmensaktivitäten und führt ein Team von 38 Mitarbeitenden.

Über Lisa Strippchen

- Lisa Strippchen ist Politikwissenschaftlerin und seit Februar 2021 bei der Deutschen Energie-Agentur (dena) tätig. Als Seniorexpertin für Stromerzeugung befasst sie sich insbesondere mit Fragen zum zukünftigen Strommarktdesign, dezentralen Versorgungsmodellen (Mieterstrom, gemeinschaftliche Gebäudeversorgung, Energy Sharing) und Teilhabe.
-

„Fördermittel müssen auf effiziente Renovierungen ausgerichtet sein“

Étienne Charbit

Einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu Beratungs- und Fördermöglichkeiten bei der energetischen Sanierung zu erleichtern, kann Energiearmut bekämpfen und die Energiewende beschleunigen. Etienne Charbit vom französischen Verband Cler reagiert auf die Handlungsempfehlungen des Zukunftswerks.



Étienne Charbit, Projektleiter für europäische Zusammenarbeit beim Netzwerk Cler | Foto: Étienne Charbit

21.04.2025

*Gastbeitrag von Etienne Charbit auf Initiative von Arthur Frantz
Aus dem Französischen übersetzt von Annette Kulzer*

Energetische Sanierungen – für mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

In Deutschland wie auch in Frankreich führt der Anstieg der Energiepreise zunehmend zu einer Ausweitung der Energiearmut. Im Jahr 2024 waren in Frankreich 10,8 Prozent der Bevölkerung davon betroffen (Quelle: onpe.org). Eine zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von Energiearmut stellt die energetische Sanierung von Gebäuden dar. Der Zugang zu entsprechenden Sanierungsmaßnahmen ist jedoch insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen oftmals erschwert, da sie mit hohen Kosten und komplexen Verfahren verbunden sind.

Für das Deutsch-Französische Zukunftswerk bildet soziale Gerechtigkeit eine wichtige Säule zur Beschleunigung der Energiewende. Vor diesem Hintergrund wurde eine Handlungsempfehlung für eine sozial gerechte energetische Sanierung entwickelt, die sich an die Regierungen beider Länder richtet. Ziel ist es, praxisorientierte Wege aufzuzeigen, wie eine umfassendere Unterstützung von Sanierungswilligen ermöglicht und innovative sowie gerechte Finanzierungsmodelle bereitgestellt werden können.

Das französische Netzwerk Cler – Réseau pour la transition énergétique, ein Zusammenschluss von knapp 300 Organisationen, engagiert sich für eine ambitionierte und sozial gerechte Energiewende. **Etienne Charbit**, Projektleiter für europäische Zusammenarbeit bei Cler, begrüßt die Empfehlungen des

Zukunftswerks und unterstreicht ihre Übereinstimmung mit der Position seines Netzwerks hinsichtlich einer effektiven und solidarischen Sanierungspolitik:

„Der Status als öffentlicher Dienst gewährleistet, dass im Staatshaushalt Mittel für die Sanierung bereitgestellt werden.“

Die Handlungsempfehlung ‚Energetische Sanierung sozial gerecht durchführen‘ entspricht genau dem Ansatz, den wir auch im Netzwerk *Cler* vertreten. Seit rund zwei Jahrzehnten zeigt sich in Frankreich, dass eine strukturierte Begleitung entscheidend für den Erfolg von Sanierungsprojekten ist. Deshalb ist es wichtig, zentrale Anlaufstellen für Interessierte zu schaffen. Die französischen Beratungsstellen von *France Rénov’* könnten für Deutschland als Vorbild dienen. Diese Zentren sind Teil eines umfassenderen öffentlichen Dienstleistungsrahmens im Bereich der Gebäudesanierung. Dieser Status als öffentlicher Dienst gewährleistet, dass im jährlichen Staatshaushalt Mittel für die Sanierung bereitgestellt werden, was eine langjährige Forderung unsererseits war.

Systematische Unterstützung und innovative Finanzierungsmodelle

Die Empfehlung hebt auch die Bedeutung einer umfassenden Begleitung hervor und betont das Potenzial sogenannter Drittfinanzierungsgesellschaften. Dieses Modell ist bislang noch wenig verbreitet, bietet jedoch vielversprechende Ansätze. Wir von *Cler* plädieren dafür, dass eine qualifizierte technische Begleitung – insbesondere bei staatlich geförderten Sanierungen – verpflichtend wird. Dies ist auch das Ziel des Programms *Mon Accompagnateur Rénov*, das im Jahr 2024 eingeführt wurde. Solche Ansätze könnten auch in Deutschland dazu beitragen, zentrale Beratungsstellen auf nationaler Ebene zu etablieren – ganz im Einklang mit der im Jahr 2024 überarbeiteten EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden.

Soziale Ausgewogenheit in der Förderung

Im Hinblick auf die soziale Dimension der Finanzierung verweist die Handlungsempfehlung auf die progressive Struktur der Fördermaßnahme *MaPrimeRénov’* (MPR), die einkommensabhängige Zuschüsse vorsieht. Haushalte mit geringem Einkommen erhalten die höchsten Förderquoten – sie stellen nahezu drei Viertel der Begünstigten dar (Quelle: particulier.hellio.com). Für diese Gruppen sieht die *Agence nationale de l’habitat* (Anah) zudem Vorschusszahlungen vor – auch, wenn die aktuellen Haushaltskürzungen den Umfang und damit den Wirkungsgrad der Förderung verringert haben.

Aus unserer Sicht bei *Cler* sollte die Förderung gezielt auf besonders effiziente Sanierungen ausgerichtet sein, wobei die verbleibenden Eigenkosten für einkommensschwache Haushalte gegen Null tendieren sollten. Ein Problem stellt aktuell die Kopplung der Fördermittel mit Energieeinsparzertifikaten dar, die häufig ineffiziente Sanierungen begünstigen. In Deutschland hat die KfW kürzlich ein spezielles Förderprogramm für hocheffiziente Sanierungen eingeführt, das auch die sozialen Aspekte berücksichtigt – etwa durch sogenannte „palliative“ Maßnahmen. In diesem Zusammenhang hebt *Cler* die Bedeutung standardisierter Energiechecks hervor und spricht sich für eine Verdreifachung dieser Maßnahmen aus.

Regulierung als zentraler Hebel

Neben finanziellen und beratenden Instrumenten kommt auch regulatorischen Maßnahmen eine zentrale Bedeutung für die französische Sanierungspolitik zu. So unterstützt *Cler* den gesetzlich verankerten Fahrplan zum Vermietungsverbot besonders ineffizienter Gebäude (*worst performing buildings*). Diese Maßnahme schafft insbesondere für Mieter:innen, die direkt von fehlendem Wohnkomfort und steigenden Energiepreisen betroffen sind, aber wenig eigene Handlungsspielräume haben, einen wichtigen Schutzmechanismus. Gegen energieintensive Gebäude vorzugehen, ist ein entscheidender Hebel, um ökologische und soziale Vorteile zu maximieren. Die Kommunen können eine Rolle bei der Durchsetzung dieser Verpflichtungen spielen, insbesondere durch das Instrument der Mietgenehmigung. In diesem Zusammenhang wird die Herausforderung energetischer Sanierungen nicht nur als klimapolitisches,

sondern auch als wohnungspolitisches Anliegen verstanden. Ideal wäre dabei eine Kopplung des Vermietungsverbots mit einer verpflichtenden energetischen Sanierung nach Effizienzstandards.

Étienne Charbit

Über Étienne Charbit

- Étienne Charbit est responsable de projet Europe au réseau Cler. Le réseau Cler est une association nationale qui rassemble près de 300 structures engagées dans la mise en œuvre d'une transition énergétique à la fois juste et ambitieuse. Son objectif : accélérer la transition énergétique à l'échelle locale, nationale et européenne.

„Unsere Welt befindet sich in einer beispiellosen Krise – und dennoch fürchten wir die Suffizienz“

Timothée Parrique

Beim Thema Suffizienz sind die Augen in Deutschland nach Frankreich gerichtet. Denn dort ist „sobriété“ fester Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie. Ökonom Timothée Parrique blickt kritisch auf die französische Suffizienzpolitik. Für ihn verlangt die Klimakrise danach, viel weiter zu gehen und die vorherrschende Wirtschaftslogik grundlegend zu hinterfragen. Marion Davenas hat mit ihm gesprochen.



Timothée Parrique | Foto: Odile Meylan

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt der Bundesregierung in seinen politischen Handlungsempfehlungen, dem französischen Beispiel zu folgen und Suffizienz als zentralen Hebel der Energiewende zu verankern. Der Ökonom Timothée Parrique steht der politischen Umsetzung in Frankreich kritischer gegenüber. Seiner Ansicht nach reicht es angesichts der Klimakatastrophe nicht aus, Suffizienz lediglich als Strategieelement zu betrachten – vielmehr müsse die zugrunde liegende ökonomische Logik hinter heutigen Lebensstilen grundlegend hinterfragt werden. Marion Davenas sprach mit ihm über wirtschaftliche Paradigmen, gesellschaftliche Ängste und die Notwendigkeit struktureller Veränderungen.

In unseren Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger:innen und Führungspersönlichkeiten in Deutschland und Frankreich begegnen wir häufig der Auffassung, dass Suffizienz Ängste auslöst. Sie wird oft mit Einschränkung, Verzicht und wirtschaftlichem Abschwung assoziiert. Können Sie als Ökonom diese Bedenken nachvollziehen?

Es ist paradox: Während sich das Klima erwärmt und die Biodiversität dramatisch zurückgeht, stehen wir vor einer beispiellosen ökologischen Krise – und dennoch fürchten wir die Suffizienz. Diese Angst ist irrational, vergleichbar mit einer Phobie vor Nikotinplastern, wenn man mit dem Rauchen aufhören möchte.

„Die Erde ist ein Opfer unserer Wirtschaftslogik.“

Ist die Erde ein Opfer unserer Konsumgewohnheiten?

Sie ist vielmehr ein Opfer unserer Wirtschaftslogik. Wir opfern den zentralen Produktionsfaktor – die Natur – in dem fehlgeleiteten und zudem ineffektiven Versuch, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzukurbeln, das ohnehin ein unzureichender Indikator für Wohlstand ist. Selbst für jene, die weiterhin an die Glücksformel des BIP glauben, ist die wissenschaftliche Erkenntnis eindeutig: Die Kosten des Nicht-Handelns übersteigen stets die Kosten des Handelns. Unabhängig von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen – sei es in den Bereichen Staatsfinanzen, nationale Sicherheit oder öffentliche Gesundheit – werden sich diese in einer Welt mit geschädigten Ökosystemen noch weiter verschärfen.

Derzeit konzentrieren sich Maßnahmen zur Ressourcenschonung oft auf individuelle „kleine Gesten“: die Heizung herunterdrehen, kürzer duschen, das Licht ausschalten... Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt den Regierungen beider Länder, über bloße Sensibilisierung hinauszugehen und strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die eine dauerhafte Einführung energieeffizienter Praktiken ermöglichen. Sie halten selbst diesen Ansatz für unzureichend...

Um den ökologischen Fußabdruck einer Volkswirtschaft zu verringern und innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen zu bleiben, reicht es nicht aus, lediglich den Konsum zu reduzieren (was wir oft unter dem Begriff *Suffizienz* verstehen). Vielmehr muss auch die Produktion zurückgefahren werden. In diesem Sinne spreche ich von *Wachstumsrücknahme* (Degrowth) – einer gezielten Reduktion von Produktion und Konsum, um den ökologischen Fußabdruck substantiell zu verkleinern.

Wie könnte eine solche Reduktion konkret aussehen?

Man kann sich dies als eine Art „ökonomische Diät“ für wohlhabende Gesellschaften vorstellen. Eine wirksame Reduktion muss gezielt erfolgen – sie sollte diejenigen betreffen, die am meisten produzieren und konsumieren, und sich auf Bereiche konzentrieren, die besonders hohe ökologische Kosten verursachen. Gleichzeitig muss der Prozess demokratisch gestaltet werden, um soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten.

Es geht darum, eine positive Dynamik der wirtschaftlichen Verlangsamung zu schaffen: Vereinfachen wir unsere Konsumbedürfnisse, verringert sich die Notwendigkeit der Produktion – und damit sinkt unser Verbrauch natürlicher Ressourcen. Ein Beispiel wäre eine Politik zur Reduzierung des Flugverkehrs: Man könnte Werbung für Flugreisen verbieten, massiv in den Schienenverkehr investieren und Flugpreise anheben – das wäre der Konsumverzicht. Gleichzeitig könnte man auf den Ausbau von Flughäfen

verzichten, die Zahl der Flüge pro Tag reduzieren und nationale Flugverbindungen schrittweise einstellen – das wäre der produktive Verzicht.

Auf lokaler Ebene setzen einige Kommunen bereits Maßnahmen zur Konsumreduktion um. So hat die Metropolregion Lyon Werbeplakate weitgehend verboten, während Berlin Reparaturen von Haushaltsgeräten mit bis zu 200 Euro subventioniert. Gibt es auch Beispiele für produktiven Verzicht?

Die Niederlande, die den Viehbestand reduzieren, um Umweltverschmutzung einzudämmen, sind ein Beispiel. Oder das Einstellen einiger Inlandsflugverbindungen in Frankreich gemäß den Empfehlungen des Bürger:innenkonvents für das Klima. Oder die Kartäusermönche in der Großen Kartause bei Grenoble, die bewusst die Likörproduktion verringern, um mehr Zeit für das Gebet zu haben. Das sind alles Formen des produktiven Verzichts. Darüber hinaus könnte man das Verbot bestimmter Pestizide nennen, ein mögliches Moratorium für Tiefseebergbau oder die Strategien des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen von einigen Banken.

Sie schreiben: „Was wir tun müssen, um zu überleben, müssen wir auch tun, um besser zu leben.“ Doch für einen Teil der Bevölkerung bedeutet Suffizienz den Verzicht auf bestimmte Privilegien – wie häufiges Fliegen oder das Alleinleben in großen Wohnräumen. Wie lässt sich das vermitteln?

Ja, einige Bevölkerungsgruppen werden auf bestimmte Privilegien verzichten müssen, beispielsweise auf häufige Flugreisen. Statistisch betrachtet ist dies jedoch ein vergleichsweise geringes Opfer. Diese Einschränkungen für eine Minderheit werden dadurch ausgeglichen, dass sich die Lebensqualität vieler durch eine stabilere Umwelt nicht weiter verschlechtert.

Die anstehenden Entscheidungen werden nicht leicht sein. Wir müssen unsere Bedürfnisse vereinfachen, Produktionsweisen neu organisieren und lernen, Ressourcen stärker zu teilen. Doch wir haben letztlich keine Wahl: Entweder wir gestalten diesen Übergang heute aktiv und klug – oder wir laufen Gefahr, ihn morgen unkontrolliert und krisenhaft durchleben zu müssen.

„Weg vom Wachstum, hin zu einer ‚Wirtschaft des Wohlbefindens‘.“

Die Idee der Wachstumsrücknahme ist nicht neu, aber sie setzt sich nur schwer durch. Das Deutsch-Französische Zukunftswerk betont die Notwendigkeit, die Perspektiven zu wechseln, um Suffizienz als ein positives und inspirierendes Ziel zu vermitteln. Welche Strategien schlagen Sie vor, um die gesellschaftliche Akzeptanz von Suffizienz zu fördern?

Angesichts begrenzter ökologischer Budgets muss genau überlegt werden, für welche Produktionen sie eingesetzt werden sollen. Eine Reduktion weniger essenzieller Güter und Dienstleistungen könnte Mittel für gesellschaftlich wertvolle Bereiche freisetzen. Es ist paradox, Wachstumsrücknahme als Bedrohung der Lebensqualität zu betrachten, wenn ihr Ziel genau das Gegenteil ist: den Übergang zu einer „Wirtschaft des Wohlbefindens“, die ohne permanentes Wachstum auskommt und dennoch die Bedürfnisse aller erfüllt, ohne planetare Grenzen zu überschreiten.

Frankreich hat – im Gegensatz zu Deutschland – Suffizienz explizit als einen Eckpfeiler seiner Strategie zur Energiewende definiert. Während der Energiekrise wurden auf höchster politischer Ebene Begriffe wie „das Ende des Überflusses“ ausgerufen und der Beginn einer „Logik der Suffizienz“. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Bisher sind es vor allem Worte ohne Taten. Frankreichs ökologischer Fußabdruck liegt weiterhin deutlich über den planetaren Grenzen, ebenso wie der ökologische Fußabdruck Deutschlands. Der Klimaschutz, nur ein Teilaspekt der ökologischen Krise, wird zwar intensiv diskutiert, doch mit enttäuschenden Ergebnissen – denn die tatsächliche Reduktion des CO₂-Fußabdrucks bleibt begrenzt.

Es wird viel über Suffizienz gesprochen, doch wir konzentrieren uns auf symbolische „kleine Gesten“ mit minimaler systemischer Wirkung. Während Bürger:innen zum Energiesparen aufgerufen werden, subventioniert der Staat weiterhin massiv den Luftverkehr, sodass Flugtickets oft nur ein Drittel so viel kosten wie Bahntickets. Suffizienz wird somit zu einem Schlagwort, mit dem geschickt versucht wird, eine

Politik nicht nachhaltiger Wachstumsstrategien zu legitimieren – eine Form von „makroökonomischem Greenwashing“.

Timothée, vielen Dank für das inspirierende Gespräch!

Über Thimothée Parrique

- Thimothée Parrique ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler und forscht an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne. Er gilt als Experte für Wachstumsrücknahme (Degrowth) und ist Autor der vielfach beachteten Dissertation *The Political Economy of Degrowth*, die fast 70 000 Mal heruntergeladen wurde. Sein Essay *Ralentir ou périr* (*Verlangsamen oder Untergehen*) erschien in einer Auflage von über 40 000 Exemplaren.

„Wir brauchen ein Umschwenken von der energetischen zur nachhaltigen Betrachtung von Gebäuden“

Dr. Tillman Prinz

In Deutschland und Frankreich bleiben die Sanierungsraten deutlich hinter den nationalen Zielen zurück. Was muss die neue Regierung anders machen? Im Austausch mit Thomas Spinrath spricht der Geschäftsführer der Bundesarchitektenkammer, Dr. Tillman Prinz, über fehlende Investitionen, die wichtige Rolle von europaweit verfügbaren Daten und das vergessene Potenzial der Wohnsuffizienz.



Dr. Tillman Prinz ist Geschäftsführer der Bundesarchitektenkammer. | Foto: Anja Grabert

21.04.2025

Interview auf Deutsch von Thomas Spinrath

Ins Französische übersetzt von Marie Millot-Courtois

Der Erfolg der Energiewende entscheidet sich im Wohngebäudebereich: Rund ein Viertel des Endenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Wohnsektor, in Frankreich ist es knapp ein Drittel. Bislang werden die Klimaziele im Gebäudesektor jedoch regelmäßig verfehlt. Das Zukunftswerk fordert daher von den Regierungen in Berlin und Paris, lokale Strategien für die energetische Sanierung zu stärken. Dazu braucht es unter anderem gebäudespezifische Datenbanken, die mit anonymisierten sozioökonomischen Daten verknüpft werden. Es fordert außerdem Maßnahmen, die eine effizientere Nutzung des Wohnungsbestandes fördern – bislang ein blinder Fleck der Energiewende. Damit energetische Sanierung und der flächensparende Umbau von Gebäuden gelingen, braucht es kluge architektonische Konzepte. Daher haben wir Dr. Tillman Prinz, den Geschäftsführer der Bundesarchitektenkammer getroffen, um über die Empfehlungen des Zukunftswerks zu diskutieren.

Herr Prinz, Deutschland hat auch 2024 die Klimaziele im Gebäudesektor verfehlt. Was läuft aus Ihrer Sicht bisher falsch?

Es fehlen die Investitionen in die Gebäudesanierung. In Deutschland ist ganz klar: Es geht nicht um Neubau, es geht um den großen Bestand, der umfassend energetisch saniert werden muss. Technisch ist das möglich. Dazu braucht es Fördermittel und Investitionen vom Staat. Die ganzen Gebäudeeigentümer sind oft nicht mehr in dem Alter, dass sie mit über sechzig, siebzig Jahren noch Kredite in Höhe hunderttausender Euro aufnehmen – wenn sie sie überhaupt bekommen würden.

Eine Rückmeldung, die uns Kommunen immer wieder geben, ist, dass sie nicht über ausreichend Gebäudedaten verfügen, um Sanierung effektiv anstoßen und beraten zu können. Aus Sicht des Architekten: Inwiefern sind diese Daten so wichtig, um die Sanierungsquoten steigern zu können?

Es ist unser Riesenproblem, dass in den Tausenden Städten und kleinen Gemeinden unterschiedliche Daten in unterschiedlichen Formaten liegen. Anbieter für Sanierungsleistung, für Planung und auch für Bauen sind aber nicht immer lokal vorhanden. Für eine große Wohnbausiedlung wird die Sanierung nicht unbedingt der Handwerker vor Ort machen können, sondern es muss vielleicht eine Firma sein, die ganz woanders sitzt in Deutschland oder woanders in Europa. Die können jedoch auf diese Daten nicht zurückgreifen, wenn die nur lokal verankert abliegen. Deswegen sprechen wir mit der Europäischen Kommission auch über eine EU-weite Betrachtung.

„Es ist ein Riesenproblem, keine einheitlichen, europaweit verfügbaren Gebäudedaten zu haben.“

Stichwort EU-weite Betrachtung: Die neue EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) sieht die Einrichtung von Gebäudedatenbanken vor. Das Zukunftswerk fordert, diese mit anonymisierten sozio-ökonomischen Daten zu verknüpfen. Was braucht es Ihrer Meinung nach ganz konkret, damit eine europaweit zugängliche Datenbank umsetzbar ist?

Die EU muss einheitliche Vorgaben zum Format einer Datenbank und zu den programmierbaren Schnittstellen machen. Sonst schafft sich eine Bauverwaltung ein neues Programm an, was inkompatibel ist mit dem Programm der Nachbarbauverwaltung. Mit EU-weit kompatiblen und zugänglichen Daten hätte man einen viel, viel größeren Hebel als bisher. Man wüsste, wo Handwerker und Baumaterialien gerade am meisten gebraucht werden.

Frankreich hat bereits eine landesweite Datenbank ...

... und profitiert in der Datensammlung sicherlich davon, zentralistischer organisiert zu sein. Der Föderalismus hat natürlich sein Gutes, aber die Regelungsunterschiede sind dann doch immer wieder sehr hoch.

Die EU-Gebäuderichtlinie gibt ebenfalls vor, bis Mitte 2026 zentrale Anlaufstellen zur Begleitung von Eigentümer:innen zu schaffen. Wie sollten diese sogenannten One-Stop-Shops Ihrer Meinung nach konkret ausgestaltet werden?

Sie müssen Angebote bündeln und diese für den Bürger leicht verständlich machen. Das ist immer das Problem bei den KfW Förderprojekten (*Kreditanstalt für Wiederaufbau*, Anm. d. Redaktion). Die KfW hat wirklich tolle Angebote, aber es ist sehr schwer, sie zu verstehen und zu ermitteln: Was ist jetzt für mich als Bauherr oder Bauherrin besonders relevant?

Die bisherige Energieberatung geht außerdem nicht weit genug. Das zeigen Sie ja auch in Ihren Forderungen auf. Das ganze Thema der Suffizienz: Brauche ich mein Gebäude in dieser Form überhaupt weiter? Ist die Veränderung des Grundrisses am Ende energetisch sinnvoller, als nur neue Fenster einzubauen? Diese ganzheitliche Gesamtbetrachtung, die fehlt gesammelt und einfach an einer Stelle abrufbar.

„Die Energieberatung braucht eine ganzheitlichere Betrachtung.“

Sie weisen hier auf einen relevanten Punkt hin: Während unsere Wohnungen immer energiesparender werden, nehmen wir im Durchschnitt immer mehr Wohnfläche in Anspruch. Dies macht die Einsparungen wieder zunichte. Während der Energieverbrauch pro Quadratmeter Wohnfläche sinkt, stagniert er pro Kopf aufgrund der wachsenden Wohnflächen. Warum führen wir in der Energiewende nicht stärker eine Debatte um eine bedarfsgerechte Verteilung von Wohnflächen?

Das ist natürlich ein gesellschaftliches Sprengstoffthema. Wohnsuffizienz wird schnell missverstanden als Verzicht oder: Wir nehmen Leuten was weg! Die Frage ist ja, wie wir eigentlich leben möchten. Und ich nehme auch an, dass viele Menschen bereit wären, umzuziehen, sich auch zu verkleinern. Dazu haben sie aber viel zu wenig Unterstützung. Dieses Bewusstsein zu schaffen, was es für Möglichkeiten gibt, ohne dass ich mich stark einschränke, da könnte noch sehr viel mehr passieren.

Welche Möglichkeiten haben Ihrer Meinung nach Bund und Länder, Wohnsuffizienz zu fördern?

Es gibt bereits Programme, wie zum Beispiel *Jung kauft Alt* vom Bund – das finde ich sehr gut. Junge Familien, die unterstützt werden, alte Einfamilienhäuser zu kaufen im Tausch für eine Wohnung möglicherweise in der Stadt, wo das ältere Ehepaar vielleicht hinziehen möchte, was vorher in dem Haus gelebt hat.

Die Bundesarchitektenkammer hat sich seit einigen Jahren für eine ‚Umbauordnung‘ eingesetzt. Diese könnte helfen, den Bestand so umzubauen, dass er bedarfsgerechter genutzt werden kann. Wie steht es aktuell um deren Umsetzung?

Wir haben die Musterbauordnung des Bundes umgeschrieben als Vorschlag, dass der Bestand gegenüber dem Neubau privilegiert und gefördert wird. Das wurde angenommen. Auf dieser Basis haben gerade einige Bundesländer – unter anderem Niedersachsen, Bremen und Hamburg – in den Landesbauordnungen entsprechende Vorschriften eingefügt. Es muss nun immer zuerst geprüft werden, ob ein Gebäude erhaltenswert ist oder unter welchen Voraussetzungen es nicht mehr erhaltenswert ist. Der nächste wünschenswerte Schritt wäre, die sogenannte Lebenszyklusbetrachtung in das Bauantragsverfahren zu integrieren. Dabei dürfen, wie beispielsweise in Dänemark, gewisse Grenzwerte zum CO₂-Ausstoß über den Lebenszyklus des Gebäudes gerechnet nicht überschritten werden. Andernfalls wird keine Baugenehmigung erteilt. Ein Umbau würde hierdurch attraktiver werden, weil kein zusätzliches CO₂ wie beim Neubau angerechnet würde.

Zum Abschluss: Welche dringendsten Projekte sollte die neue Bundesregierung in ihren ersten 100 Tagen im Gebäudebereich umsetzen?

Wir brauchen ein klares Umschwenken von der reinen energetischen Betrachtung zur nachhaltigen Betrachtung und damit eben auch zum CO₂-Ausstoß. Es darf nicht allein darum gehen, nur Energieeffizienz weiter zu fördern und weitere Dämmung vorzuschreiben. Der CO₂-Ausstoß eines Gebäudes muss insgesamt

betrachtet werden, sowohl was die Errichtung angeht als auch den Betrieb eines Gebäudes. Hier würde ich mir wünschen, dass die Bundesregierung klarere Vorgaben macht.

Zum Beispiel?

Die Bundesregierung muss das Gesetzgebungsverfahren für die Einführung des sogenannten Gebäudetyps E voranbringen. Die Initiative für diesen Planungsansatz kommt aus der Architektenschaft und liegt bereits als Gesetzesentwurf vor. Es geht darum, Gebäude suffizienter, kostengünstiger und dennoch qualitativ hochwertig zu bauen, indem komfortorientierte Normen, wie zum Beispiel im Schallschutz, zugunsten von „einfachem Bauen“ vernachlässigt werden dürfen. Wir können uns da im Übrigen einiges von der französischen Baukultur abschauen, wo ich oft bessere und kreativere Ideen sehe.

Vielen Dank für das Gespräch!

Über Dr. Tillman Prinz

- Dr. Tillman Prinz ist Jurist und seit 2003 Geschäftsführer der Bundesarchitektenkammer. Er hat zu französischem Urheberrecht für Architekten promoviert.
-

„Es ist wichtig, dass die Kommune die politische Steuerung ihres Wärmenetzes behält“

Charlie Le Galludec

Um klimaneutrale Wärmenetze in deutschen und französischen Kommunen zu finanzieren, sind neben öffentlichen Fördergeldern auch private Investitionen nötig. Dafür sollten Kommunen zu alternativen Formen von öffentlich-privaten Partnerschaften beraten werden - jenseits der in Frankreich dominierenden Konzessionslösung, so Charlie Le Galludec von Cerema, dem französischen Studien- und Kompetenzzentrum für Risikobewertung, Umwelt, Mobilität und Raumordnung.



Charlie Le Galludec, Fachreferentin für Wärme- und Kältenetze am französischen Studien- und Kompetenzzentrum Cerema. | Foto: privat

21.04.2025

Originalartikel auf Französisch

Ins Deutsche übersetzt von Annette Kulzer

Die Dekarbonisierung des Wärmesektors hängt vor allem von Maßnahmen auf lokaler Ebene ab. Allerdings fehlt es den Kommunen oft an Kapital und Personal für den Ausbau von Wärmenetzen und erneuerbaren Wärmequellen. Die Handlungsempfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks „Finanzierung der kommunalen Wärmewende erleichtern“ und „Kompetenz der Kommunen und ihrer Partner:innen für die Wärmewende stärken“ zeigen konkrete Wege auf, wie diese Lücken geschlossen werden können. Auf Einladung von Stephanie-F. Lacombe kommentiert **Charlie Le Galludec** im April die Handlungsempfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks:

Ohne Wärmefonds wird die Energiewende nicht gelingen

Die Versorgung mit erneuerbarer Wärme und Kälte ist eine Herausforderung der Energiewende, der sich die Kommunen unverzüglich stellen müssen. Angesichts der Investitionen, die für den Aufbau von Fernwärmenetzen erforderlich sind, ist die Finanzierung eine zentrale Herausforderung. Diese Herausforderung ist in Frankreich in Zeiten sinkender Budgets für die Energiewende umso größer. Daher ist

es unerlässlich, innovative Finanzierungslösungen zu finden, um diese Hindernisse zu überwinden und den Ausbau der Wärmeinfrastruktur zu beschleunigen.

Die Einbindung privater Partner kann hilfreiches Fremdkapital und Fachwissen in ein Wärmeprojekt bringen. Dennoch müssen die Kommunen über passende Kompetenzen verfügen, um die Umsetzung dieser öffentlichen Dienstleistungen zu kontrollieren. Dies gilt für Fernwärmeprojekte ebenso wie für andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge. Dabei ist besonders wichtig, dass die politische Steuerung bei der Kommune bleibt.

Zwar übernimmt der französische Wärmefonds (*fonds chaleur*) einen Teil der Projektkosten, doch viele Kommunen haben Schwierigkeiten, die verbleibenden Mittel aufzubringen. Besonders ausgeprägt ist dieses Problem bei kleineren Wärmenetzen, die bei privaten Investoren auf weniger Interesse stoßen, was die Bildung öffentlich-privater Partnerschaften erschwert. In der Folge greifen viele Kommunen auf das Modell des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zurück, was mit einem teilweisen Kontrollverlust über das Wärmenetz und seinen Betrieb einhergeht.

In Frankreich existieren bereits alternative Modelle dazu: So können sich mehrere Kommunen zu einer sogenannten lokalen öffentlichen Gesellschaft (*Société publique locale*, SPL) zusammenschließen. Dieses Modell ermöglicht es, größere Investitionen, die von einzelnen Kommunen nicht getragen werden können, gemeinsam und über einen längeren Zeitraum zu tätigen. Darüber hinaus ist entscheidend, dass die französische Regierung die Entwicklung erneuerbarer Wärmeprojekte weiterhin über den Wärmefonds der französischen Umweltagentur ADEME unterstützt. Ohne diese Förderung könnten zentrale Vorhaben der Energiewende – insbesondere Fernwärmeprojekte im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge – nicht realisiert werden.

Es ist wichtig, die Kommunen bei der Identifizierung geeigneter Wärmequellen zu beraten

Damit Kommunen eine ambitionierte Wärmeplanung umsetzen und zur Erreichung nationaler Klimaziele beitragen können, müssen sie in die Lage versetzt werden, selbst aktiv zu werden. Die gezielte Unterstützung bei der Erhebung und Bewertung verfügbarer Wärmequellen stellt dabei einen zentralen Schritt dar. In Frankreich basieren Fernwärmenetze häufig auf Biomassekraftwerken. Der Ansatz *EnR'CHOIX* („Wähle deine erneuerbare Energie“) der französischen Umweltagentur ADEME zielt allerdings mittlerweile darauf ab, bei der Entwicklung von Wärmenetzprojekten auch weitere erneuerbare Energiequellen und unvermeidbare Abwärme (EnR&R) systematisch zu berücksichtigen. (Anm. d. R.: Dies ist Bedingung für die Beantragung von Fördergeldern des Wärmefonds. Damit sollen Potenziale jenseits der Biomasse erschlossen und priorisiert werden, so wie unvermeidbare Abwärme, Geothermie oder Solarthermie.)

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, den Kommunen gebietsbezogene Energiedaten zur Verfügung zu stellen, die eine fundierte Einschätzung und Auswahl der jeweils verfügbaren Ressourcen ermöglichen. Dies schafft die Grundlage für eine effiziente und standortbezogene Wärme- und Kälteplanung.

Unsere Aufgabe im Cerema im Bereich Fernwärme besteht darin, die Kompetenzen der Kommunen zu stärken und sie bei der Dekarbonisierung ihrer Wärmeversorgung zu unterstützen. Zu diesem Zweck entwickeln wir Instrumente wie den Geoinformationsdienst *EnRezo*, der es über kartographische Darstellungen ermöglicht, das Potenzial zur Entwicklung von Wärme- und Kältenetzen in den jeweiligen Regionen systematisch zu erfassen und zu bewerten.

Bei der Wärmeplanung können wir uns an Deutschland orientieren

Im Rahmen der Umsetzung des Art. 25, Abs. 6. der europäischen Energieeffizienzrichtlinie sind auch die französischen Kommunen künftig verpflichtet, lokale Wärmepläne zu erstellen. In Deutschland ist die Wärmeplanung bereits verpflichtend. Bewährte Methoden zu übernehmen und aus den deutschen Erfahrungen zu lernen, kann dazu beitragen, diesen Prozess in Frankreich effizienter und zügiger zu gestalten.

Das deutsche Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) und die Tools, die es den Kommunen zur Verfügung stellt, sind für uns besonders inspirierend. Auch die deutsche Plattform für Abwärme, die systematisch Daten über industrielle Abwärmepotenziale bereitstellt, ist beispielhaft. Analog könnten wir in Frankreich durch neue gesetzliche Regelungen Industrieunternehmen verpflichten, nutzbare Abwärmequellen – nach Temperaturniveau klassifiziert und quantitativ erfasst – systematisch zu melden.

Wir von Cerema arbeiten zudem eng mit den Ministerien zusammen, um ihnen Grundlagen für die Ausarbeitung von Strategien und Gesetzesinitiativen im Bereich der Energiewende bereitzustellen – etwa zur Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht. In diesem Zusammenhang leisten die Empfehlungen des Deutsch-Französischen Zukunftswerks einen wertvollen Beitrag, indem sie den systematischen Austausch guter Praktiken über Landesgrenzen hinweg ermöglichen.

Charlie Le Galludec

Über Charlie Le Galludec

- Charlie Le Galludec ist Fachreferentin für Wärme- und Kältenetze am französischen Studien- und Kompetenzzentrum für Risikobewertung, Umwelt, Mobilität und Raumplanung (Cerema). Die Aufgabe von Cerema besteht darin, Kommunen bei der Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation auf lokaler Ebene zu unterstützen.
-

„Dem Populismus muss man einen Klimadiskurs gegenüberstellen, der Menschenvertrauen mittransportiert“

Luisa Neubauer

Ressourcenschonendes Verhalten sollte eine Selbstverständlichkeit sein – und die Aufgabe der Politik ist es, dafür die entsprechenden Lebensrealitäten zu schaffen. Darin sind sich das Zukunftswerk und die wohl bekannteste deutsche Klimaaktivistin, Luisa Neubauer einig. Marion Davenas und Thomas Spinrath sprachen mit ihr darüber, wie Politik die notwendigen Diskurse führen sollte.



Luisa Neubauer | Foto: Anna Sommer

21.04.2025

Interview auf Deutsch von Thomas Spinrath und Marion Davenas

Ins Französische übersetzt von Marion Davenas

Die Energiewende in Deutschland und Frankreich braucht innovative technische Lösungen und einen massiven Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Diese technische Transformation muss gleichzeitig einhergehen mit einem gesellschaftlichen Wandel hin zu energie- und ressourcenschonenden Lebensstilen. Aus diesem Grund fordert das Deutsch-Französische Zukunftswerk in einer seiner Handlungsempfehlungen, Suffizienz stärker als Hebel der Energiewende zu verankern. Eine der bekanntesten Stimmen in Deutschland, die aus der Klimabewegung heraus für einen Wandel von Politik und Gesellschaft eintritt, ist die Geographin und Publizistin **Luisa Neubauer**. **Marion Davenas** und **Thomas Spinrath** haben sie im Rahmen eines Diskussionsabends im Pariser Goethe-Institut getroffen und mit ihr über die Macht der Kultur und die Verantwortung von Politik diskutiert.

Marion Davenas: Luisa, Klimaschutz scheint aktuell an politischem Rückhalt zu verlieren. Du schreibst in deinem 2025 erschienenen Buch: „Ein echter Klimadiskurs ist in der Politik – Stand heute – kaum möglich.“ Ist die Klimabewegung gescheitert?

Luisa Neubauer: Nein! Gemessen daran, dass unsere Wirtschaft, unsere kulturellen Normen und sozialen Werte seit über 150 Jahren fossil geprägt sind, sind wir bisher wahnsinnig weit gekommen in der

Überwindung von dem großen fossilen Drill in unserer Lebenswelt. Es ist unwahrscheinlich gewesen, dass wir eine solche Selbstverständlichkeit etablieren konnten in den erneuerbaren Energien und in dem Verständnis von Gesundheit und Klimagerechtigkeit. Gemessen daran, was noch notwendig ist, um die schlimmsten Katastrophen und Kippunkte zu verhindern, sind wir natürlich noch nicht weit genug gekommen.



V.l.n.r.: Thomas Spinrath, Sarah Pelull, Marion Davenas, Phuc-Vinh Nguyen und Luisa Neubauer diskutierten am 1. April 2025 im Goethe-Institut Paris. | Foto: Philippe Dang

Thomas Spinrath: Stichwort: „Was noch notwendig ist“... Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen Deutschland und Frankreich den Energieverbrauch bis 2050 um mindestens die Hälfte senken. Wir als Zukunftswerk fordern von den Regierungen, den Hebel der Suffizienz – also ressourcenschonendes Verhalten – in der Energiewende stärker anzuerkennen und nachhaltige Lebensstile besser zu fördern. Wie kann das deiner Meinung nach am besten gelingen?

„Es geht darum, Lebensrealitäten zu schaffen, die es so leicht wie möglich machen, nachhaltig zu leben.“

L. Neubauer: Indem man aufhört darauf zu bauen, Menschen mit den besseren Fakten überzeugen zu wollen. Es liegt nicht an einem Informationsdefizit, warum Menschen sich gerade jetzt nicht klimaschonend verhalten. Es geht darum, Lebensrealitäten zu schaffen, die es so leicht wie möglich machen, nachhaltig zu leben. Ich finde übrigens, dass Paris eine fantastische Stadt dafür ist. Wenn ich mich hier von A nach B bewegen will, ist das Fahrrad oft die schnellste Fortbewegungsmöglichkeit und es gibt in den allermeisten Fällen einen Fahrradweg, den ich nutzen kann. Solange die Idee der Suffizienz eine Idee des Verzichts ist, wird es schwer sein zu inspirieren und eine neue Selbstverständlichkeit zu entwickeln.

M. Davenas: Du schreibst auch in deinem Buch, die Klimabewegung darf eben nicht nur mit Fakten, sondern muss mit Emotionen und Erzählungen überzeugen. Wie geht das konkret und welche Rolle spielt dabei die Politik?

L. Neubauer: Die Politik spielt eine wahnsinnig wichtige Rolle. Der politische Diskurs ist ein Vorbilddiskurs. Was wir zuletzt im deutschen Wahlkampf – aber übrigens auch zuvor in Frankreich – erleben konnten, war eine Politik, die große Populisten in die Bevölkerung reingerufen hat, bis sie aus dieser Bevölkerung wieder zurückgekommen sind. Diese populistische Bevölkerungsüberzeugung haben Parteien dann als Erklärung dafür genommen, warum sie eine bestimmte Politik vertreten. Dem entgegenstellen müsste man einen Klimadiskurs, der sich vornimmt, weniger zu ermahnen als eben zu inspirieren, der in gewisser Weise auch eine Art Menschenvertrauen mittransportiert.

M. Davenas: Als du gerade von Vorbilddiskurs gesprochen hast, musste ich daran denken, dass du in Interviews oft gefragt wirst: Steigst du ins Flugzeug? Wie fühlst du dich als Aktivistin in der Rolle, dass viele Menschen dich als Vorbild betrachten bzw. hohe Erwartungen an dein nachhaltiges Verhalten haben?

L. Neubauer: Das ich als öffentlich exponierte Person eine Vorbildfunktion habe, kann ich nicht abstreiten. Das Interessante daran ist für mich: Ich spreche jedes Jahr auf hunderten Protesten und Konferenzen, ich schreibe Bücher über Hoffnung und Mut. Der Aspekt, an dem dann aber meine Vorbildhaftigkeit gemessen wird, ist der Moment, wo ich vor einer Plastikflasche stehe. Das sagt sehr viel über unser unterkomplexes Verständnis davon aus, wo Wirksamkeit in der Klimakrise entsteht. Egal wie viel ich persönlich fliege, wie viel Steak ich esse oder wie viel ich Auto fahre, ist das nicht der große Hebel im Klimaschutz.

Ich habe da aber meine Meinung auch ein bisschen geändert in den letzten Jahren. Früher habe ich Leuten immer sehr strikt gesagt: Es ist egal, wie du lebst. Es geht darum, dass du auf der Straße stehst, dass wir die Kohlekraft abschalten und dass wir aus fossilem Gas aussteigen. Heute würde ich aus eigener Erfahrung sagen: Wenn du das Privileg hast, ökologisch zu leben, dann mache es auch! Es ist anstrengend, gegen seine eigenen Überzeugungen zu leben.



Luisa Neubauer gehört zu den bekanntesten Klimaaktivist:innen Deutschlands. | Foto: Philippe Dang

T. Spinrath: Studien zeigen, dass der Klimawandel, aber auch die Klimapolitik in weniger privilegierten Gesellschaftsklassen oft ein Gefühl der Überforderung und auch Abstiegsängste auslöst. Wie könnte konkret eine Klimapolitik aussehen, die Vertrauen transportiert und sozialen Ausgleich ermöglicht?

„Ein großer Schritt in der Klimafrage wäre, dort erfolgreicher zu sanktionieren, wo die Klimaschäden entstehen.“

L. Neubauer: Es wäre naiv davon auszugehen, dass man nach mindestens 20 Jahren strukturell ungerechter Politik allein durch Klimaschutzmaßnahmen soziale Gerechtigkeit schaffen kann. Ein großer Schritt in der Klimafrage wäre aber, dort erfolgreicher zu sanktionieren, wo die Klimaschäden entstehen. Dieses Ungerechtigkeitsgefühl entsteht ja vor allem dort, wo Menschen das Gefühl haben: Die großen Konzerne, die Superreichen machen unseren Planeten kaputt und ich soll jetzt dafür geradestehen. Wenn die Superreichen mit dem schädlichsten Lebensstil und gleichermaßen die fossilen Konzerne in die Pflicht genommen würden, dann ließe sich auch einfacher erklären, warum alle anderen eben auch ein bisschen anpacken müssen.

T. Spinrath: Dein neues Buch heißt: „Was wäre, wenn wir mutig sind?“ Was macht dir gerade Mut?

L. Neubauer: Mir macht Mut, dass wir jetzt wieder einmal erleben, dass der Wandel oft aus den Orten kommt, wo wir uns in Deutschland normalerweise nicht die Mühe machen hinzugucken. Ich denke an die Massenproteste in der Türkei und in Serbien. Diese Unwahrscheinlichkeit des Wandels, die kann man grade sehr live verfolgen. Darüber hinaus finde ich sehr beruhigend, dass ich eine große Nachdenklichkeit überall auf der Welt erlebe. Also Menschen mit denen ich viel zu tun habe, die fragen sich ganz ernsthaft: Was können wir machen in dieser Zeit?

T. Spinrath: Eine Frage, die auch wir vom Zukunftswerk weiter diskutieren werden!

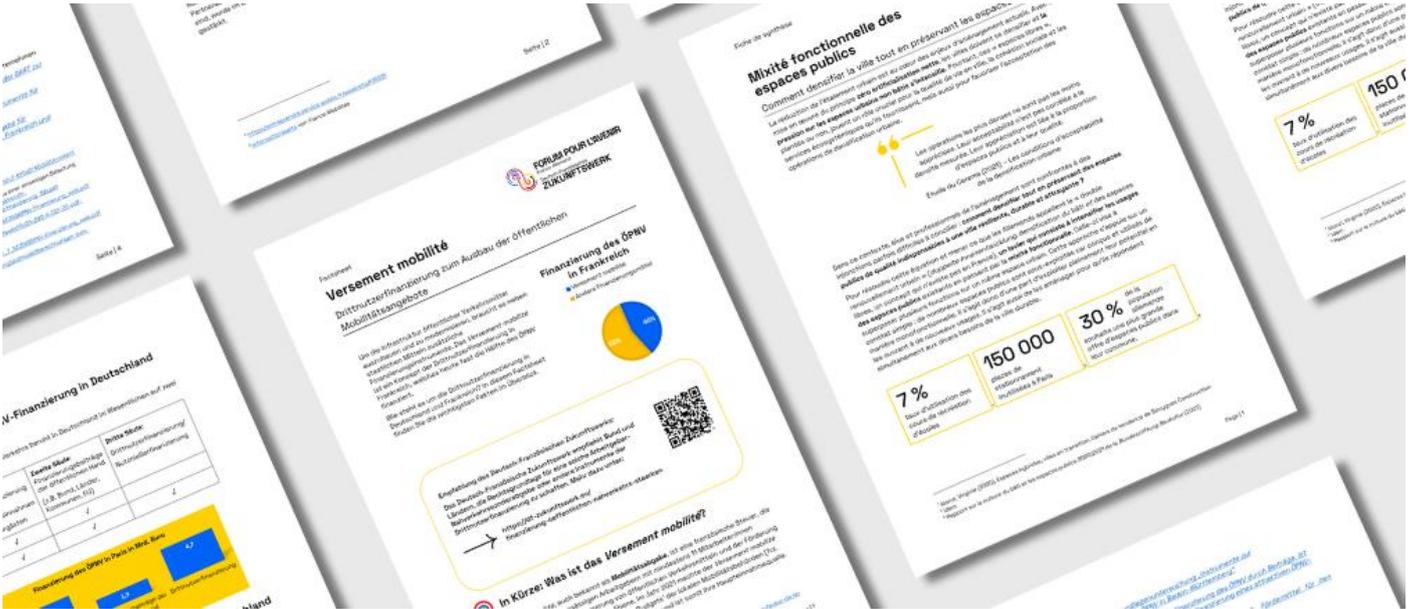
M. Davenas: Vielen Dank für das Gespräch!

Über Luisa Neubauer

- Luisa Neubauer ist eine der weltweit bekanntesten Klimaaktivist:innen. In Deutschland wurde sie als eine der führenden Organisator:innen der *Fridays for Future* bekannt. Zuletzt erschien von ihr: *Was wäre, wenn wir mutig sind* (Rowohlt, 2025). Seit 2020 hostet sie den Klima-Podcast *1,5 Grad*. Luisa Neubauer studiert Geographie an der Universität Göttingen.
-



Aktuelle Publikationen des Zukunftswerks



– **Diskussionspapier:** Davenas, M., & Spinrath, T. E. (2025). [Wege zum Genug: Sechs Thesen zur Suffizienz aus dem deutsch-französischen Dialog.](#) RIFS Discussion Paper, Februar 2025.

– **Diskussionspapier:** Spinrath, T. E., Davenas, M. (2025): [Wohnsuffizienz: das vergessene Potenzial der Energiewende? Thesen aus dem deutsch-französischen Dialog.](#) RIFS Discussion Paper, Februar 2025.



Veranstaltungen des Zukunftswerks und seiner Partner:innen



Kommende Veranstaltungen:

– **30.04.2025 | [Finanzielle Beteiligung und faire Teilhabe an der Energiewende](#) | Online**

Wie können finanzielle Beteiligungsmodelle die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energie vor Ort stärken? Erfahrungsbericht und Austausch mit Dr. Roland Kube, zuständiger Referent für das Bürgerenergiegesetz Nordrhein-Westfalen.

– 20.05.2025 | [Zukunftskonferenz](#) | Berlin

Politische Gespräche, Fachpanels, Keynotes und Workshops zur Frage: Welche Rahmenbedingungen brauchen Kommunen für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende?

– 26.-28.05.2025 | [Finanzierung der kommunalen Wärmewende erleichtern](#) | Berlin und hybrid

Vorträge und Podiumsdiskussion in Kooperation mit Agora Energiewende auf den Berliner Energietagen.

– 03.06.2025 | [Klimaneutrale Stadt](#) | online

Wie können Städte bei ihrem Weg zur Klimaneutralität unterstützt werden? In unserer *Transformationsküche* diskutieren wir das Beispiel der Mission *Klimaneutrale Stadt* aus Österreich. In Kooperation mit dem Deutsch-Französischen Institut (dfi).

– 24. & 25.06.2025 | [Ungenutzter Wohnraum als blinder Fleck der Energiewende](#) | Straßburg

Wie kann die Wirkung kommunaler Initiativen zur besseren Nutzung des Wohnraumbestands verstärkt werden? Das Zukunftswerk bietet im Rahmen der 26. Europäischen Konferenz zur Energiewende (Assises Européennes de la Transition Energétique) einen Workshop zum Potenzial von Wohnsuffizienz für die Energiewende an.

Vergangene Veranstaltungen:

– 26.02.2025 | [Klimaneutrale Wärme produzieren](#) | Online

– 14.03.2025 | [Entretiens franco-allemands de Nancy \(EFAN\)](#) | Nancy

– 19.03.2025 | [Dekarbonisierung der Wärmeversorgung](#) | Online - Partnerveranstaltung

– 26.03.2025 | [Energetische Sanierung für bezahlbaren Wohnraum](#) | Brüssel

– 27 & 28.03.2025 | [Genug. Symposium zu Suffizienzpolitik und -modellierung](#) | Berlin

– 01.04.2025 | [Klimaschutz zwischen kleinen Entscheidungen und großer Transformation](#) | Paris

[Sie finden alle Artikel auf unserer Website!](#)

Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Sekretariat Berlin
Research Institute for Sustainability (RIFS) au Helmholtz
Centre Potsdam
Joachimsthaler Straße 10
10719 Berlin
Allemagne
<https://forumpourlavenir.eu>
info@df-zukunftswerk.eu

Forum pour l'avenir Franco-Allemand

Sekretariat Paris
France Stratégie
20 avenue de Ségur
75007 Paris
France
forumpourlavenir@strategie.gouv.fr



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM

